

# Pressemitteilung Nr.: 5/2003

Köln, den 08.09.2003

## **Gesetzesinitiative zur Änderung des Sozialgesetzbuches VIII:**

### **- Leistungseinschränkungen und -verschlechterungen zu Lasten betroffener Kinder und Jugendlicher werden abgelehnt –**

Nach der Sommerpause wird sich der Bundestag erneut mit einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) befassen. Die zweite Lesung steht in Kürze an – und schon jetzt gibt es zahlreiche Stellungnahmen, die sich vorwiegend kritisch mit dem Entwurf auseinandersetzen.

Vor allem die von den Antragstellern vorgesehene Reduzierung der erzieherischen Hilfen, die Lockerung des Datenschutzes und die Verlagerung der Aufsichtsfunktion über Heime und Kindertageseinrichtungen auf die örtliche Ebene findet wenig Befürworter. Es wird überwiegend befürchtet, dass solche Leistungsreduzierungen vielleicht kurzfristig Entlastungen bringen, schon mittelfristig aber Ausgabensteigerungen verursachen, die weit über das „Ersparte“ hinausgehen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter hat diese verschiedenen Stellungnahmen gebündelt und stellt sie Interessenten zur Verfügung. Ein Auszug aus den Stellungnahmen: Frau Humme, MdB, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Es besteht ein breiter, fachlicher und politischer Konsens, dass sich das Kinder- und Jugendhilfegesetz seit seinem Inkrafttreten 1990 sehr gut bewährt hat. Aus Sicht meiner Fraktion gibt es keinen Grund, das Gesetz zu novellieren. Wir teilen Ihre Kritik an den geforderten Leistungseinschränkungen, die zu Lasten der betroffenen Kinder und Jugendlichen gehen würde... Die vorgeschlagenen Änderungen bei der Aufsicht über die Kindertageseinrichtungen lehnen wir aus den gleichen Gründen wie Sie ebenfalls ab.“

Markus Schnapka, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, sieht der Debatte im Bundestag mit Spannung entgegen: „Durch die im Gesetzentwurf vorgesehenen Strukturveränderungen würden unverhältnismäßige Leistungseinschränkungen und -verschlechterungen zu Lasten der betroffenen Kinder und Jugendlichen eintreten, was sachlich und jugendpolitisch nicht vertretbar ist. Jetzt wird entschieden, ob sich die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor eine Kinder- und Jugendhilfe leisten will, die internationalem Standard entspricht. Die verhängnisvolle Alternative wäre ein Sparmodell, das nach dem bildungspolitischen PISA-Debakel nun auch erziehungspolitisch das Schlusslicht zur Leitfigur macht.“